

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Südwestdeutsche Union. 1946-1951 1949

7 (15.7.1949)

Kreis und Gemeinde

2. Jahrgang Nr. 7
Karlsruhe, 15. Juli 1949

Kommunalpolitische Blätter der CDU
Landesverband Baden

452 Millionen DM Kreditbedarf

der kreisfreien Städte im Rechnungsjahr 1949

Stadtkämmerer Dr. F. Gurk, Karlsruhe

Der langfristige kommunale Kredit, die Aufnahme von Darlehen durch die Gemeinden und Gemeindeverbände, bedarf neben der aufsichtsbehördlichen Genehmigung auch einer besonderen Genehmigung der Militärregierung. Die Frage, ob dieser Kredit im Rahmen einer vorwiegend auf die Produktivität gerichteten Kreditpolitik berücksichtigungswert ist, war lang umstritten, ist es zum Teil auch jetzt noch. Nach neueren Nachrichten soll die grundsätzlich ablehnende Haltung nicht mehr in bisherigem Umfang bestehen und Geneigtheit zu verzeichnen sein, Anleihe-Vorhaben zu unterstützen, die mit den Grundsätzen einer geordneten Haushaltsführung in Einklang stehen.

Damit sind allerdings bei den Stadtverwaltungen noch keine Darlehensmittel verfügbar. Es wird darauf ankommen, die Stellen, die über die zentral bewirtschafteten Kreditmittel verfügen, nachhaltig von der Notwendigkeit eines ausreichenden Kommunalkredits zu überzeugen. Bisherige Erfahrungen haben ungünstige Ergebnisse gezeigt. Es sind aus der ersten Verteilung von Kreditmitteln der Wiederaufbaubank für die Energiewirtschaft in Höhe von 220 000 000 DM die kommunalen Betriebe bisher nicht berücksichtigt worden. Weder die Elektrizitätswerke noch die Gas- und Wasserwerke kamen zum Zuge. Die Auffassung, daß der Kommunal-Kredit vorwiegend Konsumzwecken diene, hat wohl bei dieser Entscheidung eine Rolle gespielt. Es ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß er vorwiegend der Herstellung von öffentlichen Gemeinschaftseinrichtungen dient, deren Vorhandensein eine wesentliche Voraussetzung für das Wiederaufkommen der Wirtschaft bedeutet. Das Straßen-, Brücken- und Wegenetz, der Ausbau von Versorgungs- und Abwasserungsanlagen, von Schulen und Krankenhäusern, sind produktiv.

Den Gemeinden ist es unbenommen, nach ihrer eigenen Initiative und den bestehenden Möglichkeiten langfristige Kredite auf dem Wege des Schuldscheindarlehens in Anspruch zu nehmen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß dieser Weg teilweise von Erfolg begleitet ist, aber nur verhältnismäßig geringe Mittel hereinbringt. Bis jetzt ist er der einzige, der den Gemeinden überhaupt offen steht. Die Verwirklichung der Kreditmöglichkeiten, die sich bieten, ist weitgehend von der schon erwähnten Notwendigkeit zur Einholung der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde und die Militärregierung abhängig. Auf die Dauer und zur Verwirklichung größerer Bauvorhaben wird es unerlässlich sein, zu dem früher erfolgreich geübten Verfahren der Ausgabe von Schuldverschreibungen, u. U. Sammelanleihen, zurückzukehren. Ob und wann es verwirklicht werden kann, steht noch dahin. Vorerst müßten die Spärrmöglichkeiten gegeben sein, eine Frage, zu der schon öfter in der Öffentlichkeit Stellung genommen worden ist.

Es kommen noch die zentral verwalteten Mittel in Betracht, die über die Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erlangen sind. Dieser Weg ist den Gemeinden bis jetzt praktisch verschlossen; wenigstens sind der Gesamtheit der Gemeinden keine Möglichkeiten zur Befriedigung von Kreditbedarf über die Kreditanstalt für Wiederaufbau bekannt geworden. Neuerdings ist zwar ein Kreditausschuß für die öffentlich-rechtlichen Kredite bei der Wiederaufbaubank errichtet worden. Er hat grundsätzlich erklärt, daß Darlehensaufnahmen für folgende Zwecke als förderungswürdig anzusehen sind: Wasserwerke, Gaswerke, Elektrizitätswerke, Verkehrsbetriebe, sonstige industrielle und gewerbliche Betriebe, Müllabfuhr und Müllverwertung, Entwässerung, Straßenreinigung und Fuhrpark, Schlacht- und Viehhof, Abdeckereien, Krankenanstalten. Dieser Katalog ist weitmaschig, allerdings nicht ausreichend. Beispielsweise fehlt der Straßen- und Brückenbau. Damit, daß Verwaltungsgebäude vorerst nicht als förderungswürdig angesehen werden, wird man sich abfinden müssen. Wie steht es aber mit der Wiederherstellung der zerstörten Schulgebäude? Wird man nicht auch die Wiederherstellung von Schulen mindestens in einem höheren Sinne als eine produktive Investition ansehen müssen?

Nach einer vom Deutschen Städtetag durchgeführten Erhebung beläuft sich der Kreditbedarf der kreisfreien Städte für Investitionen auf den vom Kreditausschuß als förderungswürdig anerkannten Gebieten im Rechnungsjahr 1949 auf rund 452 Millionen DM.

Der Wohnungsbau bedarf einer besonderen Betrachtung. Er ist im wesentlichen, abgesehen von den gemeindeeigenen, privatwirtschaftlich genutzten Wohnungen, nicht von den Gemeinden getragen. Die Mehrzahl der Gemeinden wird nicht in der Lage sein, aus Mitteln des öffentlichen Haushalts Beträge für die Wohnbaufinanzierung abzuweichen. In Württemberg-Baden und auch anderwärts ist die Wohnbaufinanzierung, wenigstens soweit nachrangige Gelder in Betracht kommen, Staatsaufgabe geworden. Die gleichmäßige Beschaffung von 1. Hypotheken und nachrangigen Geldern — letztere durch Vermittlung des Staates, ist eine noch nicht befriedigend gelöste Aufgabe, wie überhaupt die Finanzierung des Wohnungsbaues. Die Gemeinden sind vorwiegend planend und sichtlich in die Geldvermittlung eingeschaltet. Es ist ihr dringender Wunsch, daß auch der Wohnungsbau ausreichend finanziert werden möge.

90 Millionen DM, die die Wiederaufbaubank hierfür zur Verfügung stellen soll, sind unzureichend. Es hat sich auch gezeigt, daß die 75 Millionen DM, die der württembergische Staat bereitstellte, unzureichend waren. Allerdings wird man für den Wohnungsbau und überhaupt für alle Wiederaufbaumaßnahmen sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die Realisierung der

Zur Lösung der Flüchtlingsfrage

Die Not der in den deutschen Westzonen zusammengepferchten Heimatvertriebenen wurde auf einer Tagung für Flüchtlinge und Flüchtlingsdienste in der Evangelischen Akademie zu Herrenalb, die vom 27. Juni bis 2. Juli durchgeführt wurde, eingehend behandelt. Es ist bekannt, wieviel von kirchlicher Seite zur Milderung dieser Notlage beigetragen wurde. Die im Weltat zu Genf zusammengefaßten mehr als 150 Kirchen haben eine große Hilfsaktion zum Besten auch gerade der deutschen Heimatvertriebenen eingeleitet. Man hat begonnen, die Auswanderung von Flüchtlingsfamilien in überseeische Länder in die Wege zu leiten. Ebenso wurde die Berufsumschulung und die Ansiedlung von Heimatvertriebenen besonders auf ehemaligem Wehrmachts-gelände in Angriff genommen. Dabei zeigt sich, daß unsere einstigen Kriegsgegner bei Unternehmungen, die sie finanzieren helfen die Kirchen beider Konfessionen als Treuhänder bevorzugen. Und doch ist alle diese praktische Hilfe, die auf diesem Gebiet der Kirche gewährt werden kann, gering im Blick auf die ungeheuren Aufgaben, die hier vorliegen. Die Kirche kann nicht viel mehr als Muster herausstellen, die geeignet sind, allen übrigen mitverantwortlichen Instanzen — besonders den staatlichen — die verschiedenen Möglichkeiten praktischer Hilfe vor Augen zu führen. Eine Wohltat für die Heimatvertriebenen, die an der Tagung in Herrenalb teilnahmen, war es, daß sie sich aussprechen konnten und verstanden wurden.

Kriegsschäden auf eine Reihe von Jahren verteilt werden muß. Das schließt nicht aus, daß man alle Möglichkeiten, technisch und finanziell voranzukommen, ausschöpfen muß.

Der Kommunal-Kredit befindet sich vorerst in einem Stadium der Ungeklärtheit. Es scheint erforderlich, ihn aus dem Zwielicht einer nur geduldeten Existenz in das volle Rampenlicht amtlicher Anerkennung zu führen. Daß er streng gehandhabt werden muß und vorerst in besonderer Weise auf solche Investitionen zu beschränken ist, die im Dienste des Gemeinwohls vorrangig, sogar produktiv sind, ist nicht zu bestreiten. Man kann ihn aber nicht auf die Dauer, indem man ihn als Konsumkredit behandelt, abdrosseln. Man gibt dadurch Erwägungen Raum, infolge von Kreditmöglichkeiten, die handelsrechtliche Unternehmungsformen ohne weiteres bieten, etwa eine Umwandlung der kommunalen Versorgungswerke und Verkehrsbetriebe in Aktiengesellschaften zu erstreben. Eine solche Umwandlung wäre, wenn die Aktienmehrheit in öffentlicher Hand bleibt, zunächst erörterungsfähig. Das Ende einer solchen Entwicklung ist aber zu deren Beginn noch nicht zu erkennen.

Landflucht vor der Ernte?

Landarbeiterlöhne 15-60% unter den niedrigsten Industrielöhnen

Über 60 000 offene Stellen meldet die Landwirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes bei gleichzeitig rund 100 000 Arbeitslosen, die aus der Landwirtschaft kommen. Auch die immer schwieriger werdende erfolgreiche Suche nach Arbeitsplätzen in der Stadt hält die Landarbeiter nicht davon ab, zu kündigen. Das ist es nämlich: Sie kündigen zumeist selbst, weil die Löhne zu niedrig sind. Nach einer vor kurzem in Bayern veröffentlichten Statistik sind nur 26% der Kündigungen durch den Arbeitgeber ausgesprochen worden. Warum? 21% unter ihnen sagen, sie könnten den vorgeschriebenen Tariflohn nicht aufbringen. Fast die Hälfte der in Bayern ihre Arbeit verlassenden Landarbeiter hat in der Stadt keine neue Stelle gefunden — und trotzdem ziehen sie es vor, ihre Arbeit — man möchte fast sagen — zu fliehen.

Hinter diesen knappen Zahlen steckt eines unserer schwierigsten Wirtschafts- und Sozialprobleme. Die Lücken, die der Krieg auch in die guten Bauernjahrgänge gerissen hat, konnten vorübergehend von den Flüchtlingen geschlossen werden und von jenen jungen Menschen, die in der Reichsmarkzeit dem Vegetieren in Kalorien entfliehen wollten. Die Flüchtlinge, soweit sie selbst Bauern waren, leben zum großen Teil in unhaltbaren Verhältnissen. Die Wohnungsverhältnisse und die Löhne sind schlecht, und die Hoffnung auf Wiedererwerb eigenen Bodens ist gering. Neu- und Altbürger vertragen sich zu meist nicht gut, und auch das vom Wirtschaftsrat verabschiedete Flüchtlingssiedlungsgesetz stellt keine Soforthilfe dar, sondern eine Hoffnung auf lange Sicht. Ebenso ist es mit dem Gesetz über die Flurbereinigung. So richtig im Prinzip diese Maßnahmen des Wirtschaftsrates sind, so bedeuten sie andererseits noch nicht die Möglichkeit eines Stops der Landflucht, die gerade jetzt, vor der Ernte, ernsthafte Auswirkungen zu zeigen droht.

Wenn man weiß, daß die Landarbeiterlöhne um 15 bis 60% unter den niedrigsten Industrielöhnen liegen, so ist daraus ersichtlich, daß das Hauptproblem für die Landflucht hier zu liegen scheint. Muß der Bauer aber bedeutend höhere Löhne zahlen, so wird die Wirkung auf die Lebensmittelpreise nicht ausbleiben. Die Landwirtschaft entläßt deshalb nicht zufällig, wie festgestellt werden kann, langjährige Arbeitskräfte, um sie durch jüngere, billigere zu ersetzen. Die Gefahr einer Produktionsverringering und eines Übergangs von der intensiven zur extensiven Wirtschaft infolge des laufenden Ausscheidens qualifizierter Kräfte ist daher nicht von der Hand zu weisen.

Mittel des Zwangs, etwa der Arbeitsverpflichtung, zeigen sich als überholt und nicht mehr anwendbar. Mögen zwar viele dieser anständigen Arbeiter dem Grundsatz: „Ohne Fleiß kein Preis“ in der Landwirtschaft eine Zeitlang ihren Glauben schenken, mit der Zeit zeigt sich, daß dieses Sprichwort in der Praxis „Ohne Preis (Lohn) kein Fleiß“ lautet. Es ist dennoch durchaus möglich, daß in der bevorstehenden Erntezeit diese Schwierigkeiten notgedrungen durch die „wertschaffende Arbeitslosenfürsorge“ überwunden werden müssen. Die Ernte muß hereingebracht werden, soll nicht ein öffentlicher Notstand entstehen. Aber eine Lösung auf Dauer wird dieser „Arbeitsdienst“ nicht sein. Er kann nur eine Notlösung sein, die vor Schlimmerem, nämlich vor dem Verderben eines Teiles der Ernte, bewahrt.

Die Landflucht ist ein Problem, das so alt ist wie die Industrialisierung Deutschlands. Die Not der Reichsmarkzeit hat es nur verdeckt. Mag auch das Flüchtlings-siedlungs- und das Flurbereinigungsgesetz auf lange Sicht auf diese Flucht von der Bodenarbeit bremsend wirken, so bleibt als Haupthemmnis die Entlohnung des Landarbeiters, die keine Aussichten auf eine soziale Aufwärtsentwicklung des Landarbeiters gibt. Die Lösung dieses Problems ist auch politisch von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Sieht man erst einmal die Freigabe etwa der Schweinepreise von dieser Seite an, so wird man erkennen, daß nur die soziale Marktwirtschaft letzten Endes auch diese Aufgabe zu lösen imstande ist. Bei allen teils berechtigten Vorwürfen gegen den „Egoismus“ vieler Bauern, Vorwürfe, die in der hungernden Stadt auch heute noch ihre Wirkung tun, sollte man doch nach dem Motto, daß jeder Arbeiter seines Lohnes wert ist, zu der Einsicht kommen, daß es volkswirtschaftlich notwendig ist, den Arbeitskräften auf dem Land jenen „Preis“ zu sichern, ohne den sich der Fleiß nicht mehr lohnt. Zum Schutze des Konsumenten wird der Staat dann die Pflicht haben, mit Subventionsmitteln ein Anlaufen der Lohn-Preisspirale zu verhindern. Schließlich zahlt der Lohnempfänger Steuern genug...

Bodenloser Leichtsin

Ein Einbruch im Lebensmittellager des sozialdemokratischen Stadtrats Füll-rack in Charlottenburg, bei dem 120 000 DM von Einbrechern erbeutet wurden, stellt sich als ein Skandal ersten Ranges heraus. Der Charlottenburger Bezirksverordnete Pyper (CDU) enthüllte in der letzten Bezirksverordnetensitzung den bodenlosen Leichtsin dieser kommunalen Stellen. Die 120 000 DM waren, entgegen den üblichen Gepflogenheiten eines ordentlichen Kaufmannes nicht einer Bank zugeführt worden, sondern in einen unge-sicherten Blechtresor gelegt worden, dessen Wände nicht einmal 4 mm stark sind. Mit jeder scharfen Blechschere hätte man diesen sogenannten Tresor aufbrechen können. Das Zimmer war so verschlossen wie eine gewöhnliche Wohnungstür.

*

Ein „vorbildlicher“ Landrat

Der Landrat des Kreises Osthavelland Lambers (SED) wurde seines Postens enthoben. Er hatte aus Anlaß der Volks-kongresswahlen alle, die den Marxismus widerlegten, „Verbrecher“ genannt und mit diesen beleidigenden Bemerkungen den Auszug der nichtmarxistischen Parteien aus dem Kreistag hervorgerufen. Der Kreistag in Nauen war infolgedessen seitdem arbeitsunfähig. Lambers soll keineswegs entlassen, sondern in einen anderen Landkreis versetzt werden.

Ernährungslage läßt zu wünschen übrig

Minister Stooß vor Landräten und Oberbürgermeistern

Landwirtschaftsminister Heinrich Stooß hielt vor den Landräten und Oberbürgermeistern beider Landesbezirke ein ausführliches Referat über die derzeitige und zukünftige Ernährungslage. Durch die erstmals im Monat Juli erfolgte Weizenfreigabe sei es möglich gewesen, die Weißbrot-Ration von 1400 auf 2500 g zu erhöhen. Mit Hilfe der Marshall-Plan-Gelder sei es gleichfalls möglich gewesen, die Fett-ration auf 1000 Gramm zu steigern. Die günstigen Ernte-Aussichten bei Ölfrüchten ließen erwarten, daß die Fett-ration im Herbst vielleicht noch weiter erhöht werden könnte. Dagegen sei bei anhaltender Trockenheit zu befürchten, daß die Milch-produktion rasch absinke. Die Lage auf dem Zuckermarkt sei, nachdem 90 Prozent der eigenen Erzeugung ausgegeben wurden, ziemlich angespannt, so daß wir für den Rest des Jahres fast völlig auf ausländische Zuckerimporte angewiesen seien. Diese kämen jedoch nur sehr zögernd herein.

Als besonders besorgniserregend bezeichnete Stooß die augenblickliche Lage auf dem Fleischmarkt, da die Viehlieferungen, wie in jedem Jahr, um die Erntezeit wesentlich zurückgingen. Die Versorgung müsse daher größtenteils aus den Reserven des letzten Jahres erfolgen. Eine Aufhebung der Fleischbewirtschaftung würde gerade jetzt bedeuten, daß die Preise ganz erheblich in die Höhe gingen, so daß ein großer Teil der Bevölkerung kein Fleisch mehr kaufen könne. Die Besatzungsmacht hätte sicherlich besser getan, wenn sie in der Preisentwicklung bei Schweinefleisch nicht eingegriffen hätte, da dadurch der Schweine-Auftrieb sehr stark zurückgegangen sei und der

Schwarzmarkt mehr denn je beliefert werde. Das Ministerium werde jedoch alles daran setzen, daß diese Entwicklung abgestoppt werde. Preisdrückend für den Schweinemarkt dürften vor allem die zu erwartenden größeren Schweineimporte sein.

Infolge der günstigen Frühkartoffelernte und mit Hilfe der Zufuhren aus der Pfalz und Niedersachsen könne der einheimische Bedarf gedeckt werden. Wenn jedoch nicht schon in den nächsten Tagen wesentliche Regenfälle einsetzten, dürfte die Früh-, Mittel- und Spät-Kartoffelernte gegenüber dem Vorjahr wesentliche Ertragseinbußen zu verzeichnen haben. Hinzu komme, daß der Kartoffelmarkt durch die erhöhte Schweinezucht starken Mehranforderungen unterliege.

Die Ernährung Württemberg-Badens, so fuhr Stooß fort, weise gegenüber dem Vorjahre wesentliche Verbesserungen auf, jedoch seien hinsichtlich der eigenen Ernte noch große Risiken vorhanden, zu denen hinzu komme, daß von den Besatzungsmächten bisher keinerlei Zusagen über den großen Zusatzbedarf gemacht worden seien. Es sei der Öffentlichkeit anscheinend immer noch nicht bekannt, daß von den insgesamt eine Milliarde Dollar kostenden Lebensmittel-Einfuhren nur etwa 10 Prozent mit Hilfe unserer eigenen Exporte aufgebracht würden. Man dürfe hier nicht außer Acht lassen, daß die Bereitwilligkeit der Besatzungsmächte nicht größer werde, wenn ein scheinbarer Wohlstand in der Lebensmittel-Versorgung vorgetäuscht werde. Aus diesem Grunde sei es auch nicht zu vertreten, wenn heute großzügige Feste mit erhöhten Lebensmittel-Anforderungen aufgezogen würden.

Es ist nicht alles in Ordnung . . .

An die Adresse des Herrn Ministerpräsidenten Dr. R. Maier

Nordbaden, so meinte der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Maier auf seiner letzten Pressekonferenz in Stuttgart, hätte keinerlei Grund, sich über eine Benachteiligung gegenüber Nordwürttemberg zu beschweren.

Wir und ein nicht unbeträchtlicher Teil des nordbadischen Volkes sind anderer Auffassung. Diese gegenteilige Auffassung kam bei einer Besprechung anlässlich der Anwesenheit des Wirtschaftsministers und Verkehrsministers in Karlsruhe am 4. 7. mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, und es darf mit Recht angenommen werden, daß die beiden Kabinettsmitglieder Dr. Reinhold Maier über die Karlsruher Stimmung eingehend orientiert haben.

Es steht also Behauptung gegen Behauptung, und die des Ministerpräsidenten läßt sich sicher mit Zahlen beweisen — was ließe sich mit Zahlen nicht alles beweisen und trefflich stützen —, die andere der Karlsruher aber auch mit einer ganzen Anzahl von Akten der Zurücksetzung, aus denen eben die Gefühle des Vernachlässigtwerdens resultieren. Mit der kategorischen Behauptung aber, daß alles in Ordnung sei, läßt sich nun einmal die in Karlsruhe vorhandene und immer weitere Kreise erfassende Meinung von einer absichtlichen oder unabsichtlichen Verkümmern insbesondere der Interessen der Stadt Karlsruhe und der umliegenden Kreise nicht aus der Welt schaffen.

Daß jetzt lebhaft und schärfer darüber diskutiert wird, ist eine Folge der in Karlsruhe und seiner Umgebung stärker in Erscheinung tretenden Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsflaute und der durch allerlei Vorgänge genährten Befürchtung, daß es nach dem Zustandekommen des Südweststaates noch schlimmer werden würde. Sicherlich sind gerade in letzter Zeit für Bauten des Staates, der Gemeinden und das sozialen Wohnungs-

baus größere Summen nach Karlsruhe abgezweigt worden, aber eine echte Beruhigung kann durch zeitweiligen Einsatz von Mitteln zur Entlastung des Arbeitsmarktes ebenso wenig geschaffen werden wie durch die bloße Behauptung der höchsten Staatsautorität, daß alles in Ordnung sei. In Karlsruhe empfindet man, daß eben nicht alles in Ordnung ist und insbesondere die verkehrspolitische Benachteiligung der ehemaligen badischen Landeshauptstadt nichts anderes als die Fortsetzung der früheren Politik der Außerachtlassung der Karlsruher Interessen sei, und daß man noch manches Derartige zu gewärtigen habe.

Man weiß in Karlsruhe um die unablässigen Bemühungen Stuttgarts, viele Mil-

lionen, die besser für andere produktivere Zwecke Verwendung fänden, im Rhein-Neckar-Kanal-Projekt zu investieren. Es ist ebenso bekannt, daß es sehr schwer ist, die Stuttgarter höhere Ministerialbürokratie mit badischen Beamten zu durchsetzen, obwohl es nur ein Akt der Gerechtigkeit wäre, hier nach den Maßstäben der Parität zu verfahren. Man spreche nicht von der Landsmannschaft der Minister! Die Minister kommen und gehen im parlamentarischen System. Was bleibt, ist die Apparatur, und auf die kommt es nicht weniger an als auf die Köpfe, manchmal sogar viel mehr.

Man kennt in Stuttgart die Karlsruher Wünsche wegen eines Ausgleichs für die nach 1918 und 1945 erlittenen schweren organischen Schädigungen. Sie sind berechtigt, und ihre Erfüllung wäre ohne Benachteiligung Stuttgarts bei gutem Willen durchaus denkbar. Aber sie erfahren von der anderen Seite noch nicht einmal ein Echo, weder ein positives noch ein negatives, und das finden wir — ganz offen gesagt — schon gar nicht in Ordnung.

W. B.

Eine geschichtliche Gegenwartsaufgabe

Archive der Gemeinden und des Staates sammeln private Niederschriften der Ereignisse unserer Tage

Dr. Fr. Heidelberger, Karlsruhe

Nationalsozialismus, Krieg und Zusammenbruch haben unersetzliche materielle, moralische und geistige Werte zerstört und vernichtet. Unsere Nachfahren werden es kaum begreifen können, daß Millionen von Deutschen einem maßlos eingebildeten und vermessenen Abenteuerertum nachliefen und sich, niederen Instinkten folgend, trotz hervorragender Geistesgaben an den Karrendummer Aufgeblasenheit spannen ließen, bis er in den Abgrund stürzte.

Was wir Deutsche der Gegenwart geschaut und mitgemacht haben, ist heute noch in unserer Erinnerung le-

bendig. Es droht indessen die Gefahr, daß in hundert Jahren eine Fülle von dem, was wir erlebt haben, in Vergessenheit geraten sein wird, und daß in den geschichtlichen Quellen nach der jüngsten deutschen Katastrophe ebenso gewaltige Lücken entstehen wie für die Zeit des 30-jährigen Krieges oder der großen französischen Revolution von 1789. Zwar geben die Nürnberger und andere Prozeßakten Einblicke in den verbrecherischen Sektor der vergangenen Jahre. Es gibt daneben noch weite Bereiche geschichtlicher Ereignisse, die im Interesse der historischen Tradition festgehalten werden sollten, bevor es zu spät ist. Erforderlich erscheint vor allem die objektive Darstellung der Zustände und Begebenheiten im Kreise des Dorfes, der Stadt oder der Landschaft. Die Fülle der Gesichte und Vorfälle, die in anderthalb Jahrzehnten über kleine oder große Gemeinden hinweggegangen sind und das Leben der Einzelnen wie des Volkes bestimmt haben, bieten kultur- und wirtschaftsgeschichtlich reichen Stoff, der nur von den heute Lebenden gesammelt werden kann, um den kommenden Generationen ohne Voreingenommenheit aufzuzeigen, wie alles tatsächlich gewesen ist. Niemals hat ein Menschenalter so katastrophale Ereignisse durchgestanden wie das unsere. Daher ergeht an jeden Berufenen, der dazu befähigt ist, die Aufforderung, sich in den Dienst einer historischen Verpflichtung zu stellen, seine Erlebnisse in den Jahren einer gewaltigen Umwälzung in Stadt und Land in objektiver Darstellung niederzuschreiben und, sofern die Veröffentlichung sich nicht ermöglichen läßt, seine Darstellungen Archiven der Gemeinden, Städte oder des Staates zu überlassen, um dadurch mitzuhelfen, eine geschichtliche Gegenwartsaufgabe zu erfüllen.

Es ist nicht alles Gold . . .

Die Falten in vielen Wangen haben sich in den vergangenen zwölf Monaten wieder geglättet, manches Bäuchlein ist wieder rundlich und manches Genick wieder speckig geworden. Die nach dem Krieg zu weit gewordenen Sakkos passen wieder, und die auf Hungertaille gearbeiteten RM-Einheitsanzüge mußten um einige Keile und Zwickel erweitert werden.

So rigoros und unsozial die Währungsreform vor einem Jahr durchgeführt wurde, die Besserung unserer Ernährungs- und Versorgungslage, die sie mit sich brachte, wird ihr niemand abstreiten können. Für das neue, gute Geld war über Nacht wieder vieles und beinahe alles zu haben, was zuvor wie vom Erdboden verschwunden war.

Kein Mensch spricht heute mehr von Kalorien, dafür aber rechnen wieder alle mit dem Pfennig, und es ist eine sehr betrübliche Tatsache, daß ein Großteil unserer Mitmenschen heute nicht des Waren- und Nahrungssegers, der in allen Schaufenstern ausgebreitet liegt, froh werden kann, weil er

einfach kein Geld hat, um selbst das zu kaufen, wofür er noch die inzwischen erheblich aufgebeßerten Lebensmittelkarten benötigt.

War es vor dem Tage X des Jahres 1948 der Hunger, der Millionen unseres Volkes körperlich und seelisch schwächte, so ist es heute die Arbeitslosigkeit und Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz, die Ungezählte an Leib und Seele zermürbt und schon manchen zum Selbstmord getrieben hat aus dem Riesenheer der Invaliden jeder Art, der Ostvertriebenen und Kriegshinterbliebenen.

Wer immer das Glück hat, sich infolge eines regelmäßigen Verdienstes satt essen zu können, vergesse in menschlich-christlichem Mitgefühl die nicht, denen keine vollen Wangen mehr wachsen und die Furchen des Hungers im Gesicht eingegraben bleiben, die krank und siech werden müssen, weil ihnen zwar nicht mehr die Karten, dafür aber das Geld fehlt zur Beschaffung der wieder reichlich vorhandenen Kalorien, um noch einmal diesen vordem so abgenutzten und oft mißbrauchten Begriff zu verwenden.

L. A.

SPD und Ostvertriebene

Die Ablehnung von Flüchtlingswahlkreisen durch die SPD

Wenzel Jaksch war im Jahre 1938 Vorsitzender der sudetendeutschen sozialdemokratischen Partei und ging nach der Besetzung des Sudetengebietes durch Hitler nach England ins Exil. Vor einigen Monaten ist er nach Deutschland zurückgekehrt und hat sich inzwischen an der Seite der SPD in den Wahlkampf eingeschaltet. Wenzel Jaksch genoss bisher den Ruf eines sachlichen und fairen Politikers. Wenn daher nun der „SPD-Pressedienst“ einen Artikel „Arbeitslose und Heimatvertriebene stören Erhards und Pünders Theorien“ von Wenzel Jaksch veröffentlicht, einen Artikel, der abseits aller Sachlichkeit und Fairness liegt, könnte man leicht zu der Vermutung kommen, daß Wenzel Jaksch von seinen Parteifreunden nur vorgeschoben wird, um deren negative und erfolglose Politik durch massive Angriffe gegen führende CDU-Politiker zu tarnen. Sei dem wie immer — wir haben uns hier an den „SPD-Pressedienst“ zu halten.

Schon der erste Satz des Artikels schlägt der Wahrheit brutal ins Gesicht: „Es wächst sich nachgerade zu einem Skandal aus, wie die in Frankfurt maßgebenden CDU-Politiker hartnäckig an dem Problem der 7 Millionen Vertriebenen in Westdeutschland vorbeireden.“ Nun, Wenzel Jaksch — wenn er wirklich der Verfasser des Artikels ist — ist jedenfalls noch nicht lange genug in Deutschland, um die Dinge aus eigener Erfahrung zu kennen. Wir möchten daher zum Schutze der Wahrheit erinnernd einiges feststellen.

Während der Etatberatungen des Wirtschaftsrates in der Nacht vom 27. auf den 28. 9. 1948 unterstrich z. B. Oberdirektor Dr. Pünder in seiner Etatrede unmissverständlich die Forderungen der Heimatvertriebenen im allgemeinen und ihr Verlangen nach einer bizonalen Zentralstelle für das Flüchtlingswesen im besonderen. Und der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, der anschließend als Sprecher der CDU/CSU-Fraktion zu den Ausführungen Dr. Pünders Stellung nahm, erklärte wörtlich: „Die deutsche Flüchtlingsfrage ist keine deutsche Frage, sie ist ein europäisches Problem von weltweiter Bedeutung.“ Unter Hinweis auf den schon damals als aktuell empfundenen Zutritt der französischen Besatzungszone zur Bizone erklärte Dr. Köhler weiter: „Ich glaube, dieser Zutritt der französischen Zone zur Bizone muß auch auf dem Gebiete der Flüchtlingsfrage bedeuten, daß in der französischen Zone ein Teil der Flüchtlinge eine neue Heimat findet, die er bisher in den überfüllten Zonen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes nicht gefunden hat.“ Auch der bayrische Ministerpräsident Dr. Ehard hat wiederholt den internationalen Charakter des deutschen Flüchtlingsproblems unterstrichen, und die Mitarbeit des CDU/CSU-Flüchtlingsabgeordneten Hans Schütz im Wirtschaftsrat und in anderen Körperschaften wird heute bei Freund und Feind anerkannt und geschätzt.

Der „SPD-Pressedienst“ aber ist der Auffassung: „Es blieb Dr. Kurt Schumacher vorbehalten, diese Monopolisten der wirtschaftswissenschaftlichen „Objektivität“ (gemeint sind die führenden CDU-Politiker) darauf aufmerksam zu machen, daß allein 82 % aller westdeutschen Arbeitslosen auf die drei am stärksten mit Flüchtlingen belegten Länder Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen entfallen.“ Nun, es sollte sich eigentlich auch in den Kreisen der SPD-Führung schon herumgesprochen haben, daß die Entlastung gewisser Länder von der übermä-

ßigen Belegung mit Heimatvertriebenen mit dem sogenannten Länderfinanzausgleich in engem Zusammenhange steht. Dann müßte man aber in Hannover auch wissen, daß der hessische CDU-Finanzminister Dr. Hilpert die stärkste treibende Kraft für das Zustandekommen dieses Finanzausgleiches gewesen ist, und man müßte auch wissen, daß gerade Hannover-hörige SPD-Vertreter es waren, die diesen Flüchtlingsausgleich die längste Zeit torpedierten und dadurch auch die innerdeutsche Auflockerung des Flüchtlings-

Antimarxistischer Zusammenschluß

In Osteuropa haben Sozialdemokraten nicht gegen Kommunisten gekämpft, sondern fast widerstandslos kapituliert

Aus fast allen Teilen der Westzonen kommen Nachrichten über Wahlbündnisse oder Verhandlungen über ein Zusammengehen verschiedener Parteien bei der Wahl. Einige können als organische Zusammenschlüsse gewertet werden, ein anderer Teil trägt deutlich den Stempel des Provisoriums an sich. Allen solchen Verhandlungen aber ist eines gemeinsam: sie richten sich eindeutig gegen die Gefahr, vom geschlossenen Marxismus überspielt zu werden.

Wir wollen uns eines Werturteils über die angeführten Verhandlungen enthalten. Vielfach sprechen örtliche oder regionale Gründe mit, die von außen nicht klar erkennbar sind. Manche Bereitschaft zur Aufgabe der Selbstständigkeit einer Partei oder einer Gruppe hat ihre Ursache zweifellos in der 5%-Klausel. An anderen Stellen mag die Einsicht der Überflüssigkeit der Gruppe eine Rolle spielen — eine gewiß lobenswerte Einsicht. Endlich sind auch Fälle bekannt geworden, daß ehrgeizige Politiker, die sich in der Selbstständigkeit keine Chance ausrechnen können, diese im Zusammengehen mit einer größeren Partei suchen. Wie gesagt, darüber soll hier nicht diskutiert werden.

Wichtig erscheint uns allein das Ziel, und dies ist zweifellos ein Hauptvorteil des neuen Wahlgesetzes: Man drängt zur Konzentration auf wenige große Parteien, ein Weg, den früher oder später jede gut funktionierende Demokratie gehen muß, will sie Bestand haben. Schon der Zwang 60 % der Kandidaten in direkter Wahl zu wählen, hat dieses Wunder vollbracht. Was wäre erst, wenn das uneingeschränkte Mehrheitswahlrecht eingeführt worden wäre?

Bezeichnend ist ferner, daß alle Zusammenschlußbestrebungen klar erkennbaren antimarxistischen Charakter haben. Es wäre allzu billig, wollte man das als einen Ausfluß nationalsozialistischer Propaganda betrachten. Der Grund scheint uns wesentlich tiefer zu liegen, nämlich hier: In allen osteuropäischen Staaten haben die gemäßigten marxistischen Parteien gegen ihre radikalen Brüder Moskauer Observanz kaum gekämpft, sondern sind dem sowjetischen Machtstreben fast widerstandslos erlegen. Dagegen besagen die Proteste der Emigranten gar nichts, die Tatsache läßt sich nicht leugnen. Der denkende Wähler sieht also zumindest allen Anlaß, jeglicher marxistischer Partei zu mißtrauen, mag sie sich aus taktischen Gründen im Augenblick auch demokratischer Parolen bedienen. Die marxistische Tendenz hat also ihren sehr tiefen Grund.

problems in unverantwortlicher Weise hinauszögerten. Im übrigen vermag heute weder der „SPD-Pressedienst“ noch ein anderes marxistisches Sprachrohr die Heimatvertriebenen davon zu überzeugen, daß ihre Interessen sich bei der SPD in guten Händen befinden. Die unbedingte Ablehnung der Flüchtlingswahlkreise durch alle SPD-Faktoren (einschließlich des sozialdemokratischen Flüchtlingsvertreters Dr. Mücke in Bonn) hat den Flüchtlingen wohl restlos die Augen geöffnet, daß die SPD bloß um die Stimmen der Heimatvertriebenen buhlt, ohne sich um ihre berechtigten Interessen zu kümmern, wenn diese der SPD-Parteitaktik zuwiderlaufen. Und an dieser Tatsache kann der „SPD-Pressedienst“ auch durch noch so massive Verunglimpfungen der führenden CDU-Politiker nichts mehr ändern.

Die Rettungsversuche der SPD machen den Wähler nur noch hellhöriger. Was sich Herr Dr. Schumacher in den letzten Wochen geleistet hat, trägt allzusehr den Stempel des Klassen- und Machtkampfes, als daß es überhört werden könnte. Seine Bezeichnung der Kirche als 5. Besatzungsmacht und seine Warnung vor den „Hetzkaplänern“ stammen aus dem Vokabular, das jenseits des eisernen Vorhanges im Schwunge ist. Und wenn sein „Sozialdemokratischer Pressedienst“ den Wahlkampf als einen nackten Machtkampf bezeichnet, so weiß jeder, der die letzten 20 Jahre wachen Sinnes miterlebte, was gespielt wird. Auch die Versicherung, die Töne des Wahlkampfes besagen nichts für die ihm folgende Politik, ist eher geeignet, noch mißtrauischer zu machen; entnimmt man ihr doch den beachtlichen Hinweis, sozialdemokratische Wahlparolen seien mit Vorsicht zu genießen.

Alles das läßt es geboten erscheinen, der SPD keine Gelegenheit zu geben, „zur Macht zu kommen“. Und dies scheint uns der tiefste und nachhaltigste Grund für die Verhandlungen um Wahlbündnisse zu sein. Mit Splitterparteien und Zählkandidaten ist der Machtwille der Sozialdemokratie nicht zu brechen. Hier helfen nur klare Fronten, und man muß Dr. Schumacher eigentlich dankbar sein, daß er in seinem unverhüllten Machtbestreben zu dieser Klarheit sein Teil beiträgt.

NEUE BÜCHER

Georg Siegmund: „Gott heute“, 173 Seiten, Preis kart. 3,50 DM. Verlag Parzeller u. Co., vorm. Fuldaer Actiendruckerel, Fulda.

Dr. phil. und theol. Georg Siegmund ist Philosophieprofessor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Fulda. Sein Buch will, wie er im Vorwort sagt, nur eine erste Einführung in den gegenwärtigen Fragenkreis des Gottesglaubens sein. Der Leser wird aber sehr bald spüren, daß das Werk weit mehr hält, als der bescheidene Verfasser im Vorwort verspricht. Es ist eine tiefe philosophisch-theologische Untersuchung, die die ewigen Werte und die vergänglichen Zeitinhalte in ihrer Wechselbeziehung zueinander eindrucksvoll bespricht. Dk.

Georg Siegmund: „Jesus Christus heute“, 200 Seiten, Preis kart. 3,50 DM. Verlag Parzeller u. Co., vorm. Fuldaer Actiendruckerel, Fulda.

Betrachtungen, die, aus Vorträgen hervorgegangen, und wie der Verfasser schreibt, „am Rande des Weges entstanden“ sind. Schlesier und selbst Flüchtling, widmet Siegmund das Buch „seinen Leidensgefährten aus der schlesischen Heimat“. Es ist das Trostbuch eines überzeugenden und gläubigen Wissenschaftlers. Seine einzelnen Kapitel, selbständig und in sich abgerundet, haben uns in der Gegenwart viel zu sagen. Dk.